

Niederschrift

über die 30. Sitzung des Rates am 27.09.2018
(10. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	5
1 Bestellung eines stellv. Schriftführers	5
2 Einwohnerfragestunde	5
3 Verfahren nördl. Konverter, Sachstandsbericht nach Einreichung der Unterlagen gemäß §8 NABEG durch die Vorhabenträgerin	6
4 Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg' (Siedlungsflächen 'Ivangsheide', 'Kamper Hof', Kalverdonksweg) - Durchführung eines Kooperativen Wettbewerbsverfahrens nach RPW 2013 mit Beteiligung der Öffentlichkeit Vorlage: FB4/0776/2018	8
4.1 Antrag der FDP-Fraktion v. 19.09.2018 bzgl. Wohnbaulandentwicklung Vorlage: BM/0223/2018	10
5 Gleichstellungsplan 2018 - 2022 Vorlage: ZD/0833/2018	10
6 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass Vorlage: FB1/0804/2018	10
7 Zuleitung des Gesamtabschlusses 2016	11
8 Konzeptentwurf für eine externe Bewirtschaftung der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände Vorlage: DezII/0815/2018	11
8.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2018 bzgl. Halle 9 Vorlage: BM/0220/2018	12
8.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 23.09.2018 bzgl. Halle 9 Vorlage: BM/0222/2018	12
8.3 Antrag der SPD-Fraktion v. 25.09.2018 bzgl. Halle 9 Vorlage: BM/0221/2018	12
9 Anträge	13
10 Anfragen	13
11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	13

12	Termin der nächsten Sitzung: 30. Oktober 2018	13
13	Verschiedenes	13

Sitzungsort: Städt. Meerbusch-Gymnasium, Mönkesweg 58, 40670 Meerbusch-Strümp, Foyer

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Frau Angelika Mielke-Westerlage Bürgermeisterin

von der CDU-Fraktion

Herr Herbert Becker Ratsmitglied

Herr Werner Damblon Ratsmitglied

Herr Hans Jürgen Denecke Ratsmitglied

Frau Marlis Docktor Ratsmitglied

Herr Claus Fischer Ratsmitglied

Frau Marlies Homuth-Kenklied Ratsmitglied

Herr Andreas Hoppe Ratsmitglied

Herr Heinz Berend Jansen Ratsmitglied

Herr Thomas Jung Ratsmitglied

Herr Franz-Josef Jürgens Ratsmitglied

Herr Leo Jürgens Ratsmitglied

Frau Norma Köser-Voitz Ratsmitglied

Frau Renate Kox Ratsmitglied

Herr Dieter Lerch Ratsmitglied

abwesend ab 20:05 Uhr

Herr Daniel Meffert Ratsmitglied

Frau Gabriele Pricken Ratsmitglied

Herr Hans Werner Schoenauer Ratsmitglied

Frau Petra Schoppe Ratsmitglied

Herr Gerd van Vreden Ratsmitglied

Herr Jörg Wartchow Ratsmitglied

Herr Uwe Wehrspohn Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Frau Margret Abbing Ratsmitglied

Herr Dirk Banse Ratsmitglied

Herr Michael Billen Ratsmitglied

Herr Jürgen Eimer Ratsmitglied

Herr Hans Günter Focken Ratsmitglied

Herr Heinz Jürgen Kaden Ratsmitglied

Herr Georg Neuhausen Ratsmitglied

Frau Nicole Niederdelmann-Siemes Ratsmitglied

Frau Heidemarie Niegeloh Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt Ratsmitglied

Herr Thomas Gabernig Ratsmitglied

Herr Ralph Jörgens Ratsmitglied

Herr Klaus Rettig Ratsmitglied

Frau Katja Schulz	Ratsmitglied	abwesend ab 18:50 Uhr
Herr Christian Welsch	Ratsmitglied	anwesend ab 17:30 Uhr

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Herr Guido Fliege	Ratsmitglied
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied

von der UWG-Fraktion

Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied
Herr Wolfgang Müller	Ratsmitglied
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied

von der Fraktion DIE LINKE und Piraten

Herr Marc Becker	Ratsmitglied
Herr Gerd Dieter Hünseler	Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter
Herr Michael Assenmacher	Techn. Beigeordneter
Herr Helmut Fiebig	Stadtkämmerer
Frau Franziska Held	Ratsbüro

Schriftführer

Herr Patrick Wirtz	Referent der Bürgermeisterin
--------------------	------------------------------

Es fehlen:

von der CDU-Fraktion

Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Frau Helga Hermanns	Ratsmitglied
Herr Bernd Parys	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dieter Jüncker	Ratsmitglied
---------------------	--------------

von der UWG-Fraktion

Frau Rita Henning	Ratsmitglied
-------------------	--------------

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage Frau Franziska Held als neue zuständige Mitarbeiterin des Ratsbüros vor.

Anschließend ruft sie den Antrag der Fraktion DIE LINKE und Piratenpartei nach schnellstmöglicher Auflösung der Vertragsbeziehungen zwischen den Stadtwerken und der RWE AG auf und bittet die Antragsteller, die Dringlichkeit zu erläutern. Ratsherr Becker erläutert, dass dringender Handlungsbedarf aufgrund der laufenden Abholzungen im Hambacher Forst bestünde.

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erklärt, dass eine Dringlichkeit nur gegeben sei, wenn sich andernfalls für die Stadt Nachteile ergeben würden, die nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Dies sei im vorliegenden Fall nicht gegeben.

Sodann wird über die Dringlichkeit der Aufnahme des Antrages in die Tagesordnung abgestimmt.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
SPD		9	
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	1	1	1
Die Linke/Piraten	2		
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	3	44	1

Damit ist die Dringlichkeit abgelehnt.

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt..

Öffentliche Sitzung

1 Bestellung eines stellv. Schriftführers

Beschluss:

Der Rat beschließt, Herrn Patrick Wirtz zum stellvertretenden Schriftführer zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig.

2 Einwohnerfragestunde

Im Zuge der Einwohnerfragestunde möchte ein Bürger der Bürgermeisterin Mielke-Westerlage eine Schweizer Zeitung zum Thema „Globaler Pakt für Migration“ aushändigen, da auch hier im Umgang mit Migranten dringender Handlungsbedarf bestehe.

Bürger aus Osterath monieren das Ergebnis des Standortsuchverfahrens für den nördlichen Konverter des Ultranets. Sie sorgen sich um gesundheitliche Risiken und regen die Erstellung eines Gutachtens an. In China (Anmerkung: der dortige Konverter produziert eine 4-fache Leistung) sei eine entsprechende Anlage in der Provinz angesiedelt worden. Weiter stellt sich die Frage, wie sich der Rat positioniert um den Bau zu verhindern. Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage antwortet hierzu, dass das Thema Konverter Teil der Tagesordnung sei und im späteren Verlauf behandelt würde.

Aufgrund der nunmehr vorgebrachten Thematik zum Konverter wird TOP 8 vorgezogen und als TOP 3 behandelt.

3 Verfahren nördl. Konverter, Sachstandsbericht nach Einreichung der Unterlagen gemäß §8 NABEG durch die Vorhabenträgerin

Beschluss:

Der Rat beschließt eine Resolution dahingehend, den Bundesminister für Wirtschaft und Energie der Bundesrepublik Deutschland, Herrn Peter Altmaier, zu einem Gespräch nach Meerbusch zu laden und ihn aufzufordern, zur Thematik des Konverters Stellung zu beziehen. Zielsetzung ist die Berücksichtigung Meerbuscher Belange in der Standortfrage des Konverters.

Die Verwaltung wird beauftragt, einen entsprechenden Resolutionstext zu verfassen, diesen an Bundesminister Altmaier zu übersenden und Kontakt zu ihm aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage informiert über das Gespräch am 19.09.2018, also unmittelbar nach Ablauf der Einreichungsfrist für die Antragsunterlagen durch die Fa. Amprion bei der Bundesnetzagentur (BNA).

Die Antragsunterlagen bestünden aus 20 Aktenordnern und würden nun von der BNA auf Vollständigkeit, d.h. auf Auslegungsreife geprüft. Amprion gehe davon aus, dass die Offenlage und damit das Beteiligungsverfahren noch vor Jahresende erfolgen. Die Genehmigung werde voraussichtlich durch die BNA Mitte 2019 erteilt. Diese Information decke sich mit dem Schreiben der BNA vom 21.08.2018 als Antwort auf das Schreiben der Verwaltung vom 06.08.2018.

Die konkrete Festlegung des Konverterstandortes, so die Bürgermeisterin, erfolge zwar erst mit der Planfeststellung zur Festlegung der Leitung für das Ultranet, im laufenden Verfahren der Bundesfachplanung zur Festlegung des Trassenkorridors müssten allerdings die Anbindungsmöglichkeiten des Konverters an das Ultranet dargestellt werden.

In den Antragsunterlagen seien 7 alternative Anbindungskorridore zu den einzelnen Konverterstandortbereichen dargestellt, und zwar:

- A20 N Korridor mit der nördlichen Anbindung zur Dreiecksfläche,
- A20 S Korridor mit der südlichen Anbindung zur Dreiecksfläche,
- A2 Korridor Meerbusch mit der Anbindung an Standortbereich 2,

- A2/II Korridor Meerbusch mit der Anbindung an Standortbereich II/2,
- A1 Korridor mit der Anbindung zum nördlichen Standortbereich Kaarst (am Golfplatz),
- A5.1 Korridor mit der Anbindung zum nördlichen Standortbereich Bauerbahn,
- A5.2 Korridor mit der Anbindung zum südlichen Standortbereich Bauerbahn.

Die Reihenfolge der Eignung nach der Bewertung stellt sich wie folgt dar:

A 2/II Osterath = A 2 Osterath > A5.2 südl. Bauerbahn \geq A1 nördl. Kaarst \geq A5.1 nördl. Bauerbahn > A*20 Süd Dreiecksfläche \geq A*20 Nord Dreiecksfläche

Die Anbindungskorridore für die Dreiecksfläche seien mit einem * versehen, das bedeute, soweit die Konflikte der Raumordnung beseitigt würden, rutsche die Dreiecksfläche auf Platz 1.

Sofern Osterath Standort würde, bevorzuge Amprion den Standort II/2. Sofern der Standort realisiert werde und Amprion Eigentümer der Flächen werde, könne der Baukörper mit Richtung zu den Bahnschienen parallel zur Stadtgrenze nach Kaarst auf Meerbuscher Gebiet platziert werden; der nördlich parallel verlaufende Wirtschaftsweg „Im Siep“ würde dann nicht tangiert und der Abstand zur Wohnbebauung vergrößert. Zum Erwerb der Flächen sei Amprion in Grunderwerbsverhandlungen.

Beim Standort 2 (Tannenbaumfläche) befänden sich Teilflächen bereits im Eigentum von Amprion, wegen der noch zusätzlich benötigten Flächen würden auch hier Grunderwerbsverhandlungen geführt. Die Nähe zur Wohnbebauung sei bei diesem Standort ungünstiger als beim Standort II/2.

In der ersten Oktoberwoche würde lt. Amprion nach dreijähriger Gesprächspause ein Gespräch mit der Bürgermeisterin von Kaarst und den dortigen Fraktionsvorsitzenden stattfinden. Inhalt des Gespräches werde auch die mögliche Durchführung eines Zielabweichungsverfahrens sein.

Das Verfahren Zielabweichung würde von der Bezirksregierung auf Antrag der BNA geführt. Im Verfahren müsse sowohl die Stadt Kaarst als auch der Regionalrat sein Einvernehmen erklären. Die BNA würde den Antrag auf Zielabweichung nur stellen wollen, wenn das Einvernehmen der Stadt Kaarst in Aussicht gestellt sei. Unabhängig davon, ob Kaarst überhaupt zu einer Zustimmung bereit sei, sei fraglich, ob aufgrund der erwarteten Verfahrensdauer ein solches Verfahren erfolgreich greifen könne.

Sobald die Antragsunterlagen vorlägen, würde die Verwaltung diese unter Beteiligung der Anwälte prüfen - insbesondere auch im Hinblick auf etwaige Abwägungsmängel - und eine Stellungnahme erarbeiten. Die Frist zur Abgabe einer Stellungnahme betrage nach Informationsstand der Verwaltung 2 Monate.

Die Bekanntmachung der abgeschlossenen Vollständigkeitsprüfung solle, so die BNA, auf deren Internetseite veröffentlicht und gleichzeitig die Unterlagen ins Internet gestellt werden. Die Auslegung der Unterlagen solle in Bonn, Krefeld sowie im Rhein-Kreis Neuss erfolgen. Eine Forderung auf Auslegung in Meerbusch solle seitens der Verwaltung gegenüber der BNA gestellt werden.

Amprion habe verschiedene Termine für einen Bürgerdialog vorgesehen, u.a. am: 15.11.2018 in Neuss zum Ultramet und zum Konverter.

Seitens der Verwaltung wird ebenso eine Infoveranstaltung für Meerbuscher Bürgerinnen und Bürger in Meerbusch erwartet, wegen einer konkreten Terminabstimmung stehe die Verwaltung mit Amprion in Kontakt.

In der sich anschließenden Debatte herrscht Einigkeit, dass weiterhin alle möglichen Wege der Einflussnahme hinsichtlich der Standortfrage genutzt werden sollten. Neben den zuständigen politischen Gremien auf kommunaler und regionaler Ebene soll dabei auch die Stadt Kaarst gezielt einbezogen und zur Stellungnahme aufgefordert werden. Bisherige Anfragen an Landes- und Bundesminister seien unbeantwortet geblieben, sodass nunmehr der Weg über eine Resolution des Rates an den Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Herrn Peter Altmaier, gesucht werden solle. Dieser solle im Zuge eines Gespräches in Meerbusch Stellung beziehen und sich für die Belange der Meerbuscher in der Standortfrage einsetzen.

4 Wohnbaulandentwicklung 'Kamper Weg' (Siedlungsflächen 'Ivangsheide', 'Kamper Hof', Kalverdonksweg') - Durchführung eines Kooperativen Wettbewerbsverfahrens nach RPW 2013 mit Beteiligung der Öffentlichkeit
Vorlage: FB4/0776/2018

Beschluss:

Der Rat beschließt die Verwaltung zu beauftragen, für die ca. 35 ha große Fläche „Kamper Hof“, „Ivangsheide“ und „Kalverdonksweg“ in Meerbusch-Osterath ein Kooperatives Wettbewerbsverfahren nach RPW 2013 mit angemessener Öffentlichkeitsarbeit vorzubereiten. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind im Haushalt 2019 bereitzustellen.

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	9		
FDP		6	
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG		3	
Die Linke/Piraten	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	39	9	

Ratsherr Damblon berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

Ratsherr Rettig führt zum eingereichten Antrag (TOP 4.1) aus, dass in den bisherigen Beschlüssen zum betroffenen Gebiet das Areal „Kalverdonksweg“ nicht berücksichtigt wurde. Es sei keine Sicherheit hinsichtlich der Kapazitäten des ÖPNV gegeben, dieser Thematik wolle sich das Regionetzwerk nunmehr annehmen, daher käme ein Beschluss zur Entwicklung des Areals inklusive des Gebietes „Kalverdonksweg“ verfrüht.

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage stimmt Ratsherrn Rettig zu, dass das Gebiet Kalverdonksweg nicht im Rahmen des Grundsatzbeschlusses zur Siedlungsentwicklung enthalten gewesen sei, dies sei auf einen Fehler der Verwaltung zurückzuführen. Aufgrund der regionalen Lage sei es aber sinnvoll, diese Fläche jetzt in den Wettbewerb einzubeziehen.

Ratsherr Weyen merkt an, dass die Auswirkungen auf den Verkehr durch die Größe des zu entwickelnden Gebietes nicht ausreichend dargestellt seien. So seien die möglichen Kapazitäten der

Rheinbahn sowie die mit den verkehrlichen Auswirkungen einhergehenden hohen Aufwendungen nicht zu beziffern. Entsprechend große Investitionen seien zu befürchten. Im Zuge der Auslobung sowie der Durchführung des Werkstattverfahrens seien diese Aspekte zuvor zu berücksichtigen. Ausgleichsflächen sollten in unmittelbarer Nähe zum Gebiet entstehen.

Ratsherr Damblon entgegnet, dass diese Thematik bereits im Ausschuss für Planung und Liegenschaften behandelt worden und die Verkehrsentwicklung Teil des geplanten Verfahrens sei.

Ratsherr Weyen stellt folgende Anträge:

I.

Der Rat beschließt die Verwaltung zu beauftragen, vor der Auslobung eines Kooperativen Wettbewerbsverfahrens „Kamper Hof“, „Ivangsheide“ und „Kalverdonksweg“ in Meerbusch-Osterath einen Verkehrsentwicklungsplan zur Untersuchung der Auswirkungen auf den Individualverkehr sowie die Auswirkungen auf die Kapazitäten des ÖPNV zu erstellen.

Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
SPD		9	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	3		
Die Linke/Piraten		2	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	9	39	

Somit ist der Antrag abgelehnt.

II.

Der Rat beschließt, vor der Auslobung eines Kooperativen Wettbewerbsverfahrens „Kamper Hof“, „Ivangsheide“ und „Kalverdonksweg“ in Meerbusch-Osterath eine Konzeption zur Schaffung von Ausgleichsflächen zu erstellen, die einerseits die Gesamtgröße des Areals berücksichtigt sowie andererseits entsprechende Ausgleichsflächen im gleichen Stadtteil – in räumlicher Nähe zum Areal – ausweist.

Abstimmung:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
SPD		9	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen	6		
UWG	3		
Die Linke/Piraten	1	1	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	16	32	

Somit ist der Antrag abgelehnt.

4.1 Antrag der FDP-Fraktion v. 19.09.2018 bzgl. Wohnbaulandentwicklung
Vorlage: BM/0223/2018

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		21	
SPD		9	
FDP	6		
Bündnis 90 / Die Grünen		6	
UWG	3		
Die Linke/Piraten		2	
Bürgermeisterin		1	
Gesamt	9	39	

Der Antrag ist somit abgelehnt.

5 Gleichstellungsplan 2018 - 2022
Vorlage: ZD/0833/2018

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt den Gleichstellungsplan für die Jahre 2018 – 2022.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

6 Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass
Vorlage: FB1/0804/2018

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt den Erlass der Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

7 Zuleitung des Gesamtabchlusses 2016

Der Rat nimmt den Gesamtabchluss 2016 zur Kenntnis.

8 Konzeptentwurf für eine externe Bewirtschaftung der Halle 9 auf dem Stoessel-Gelände Vorlage: DezII/0815/2018

Frau Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass die Vorlage der Verwaltung in der Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 20.09.2018 in die Sitzung des Rates vertagt wurde, da noch weiterer Beratungsbedarf gesehen wurde. In die Beratung einbezogen werden die Anträge der FDP-Fraktion vom 11.09., der Antrag der SPD-Fraktion vom 25.09. sowie der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 23.09..

Ratsherr Damblon sieht keine Möglichkeit, rechtzeitig vor Jahresende ein Nutzungskonzept zur beschließen und darauf aufbauend einen Betreiber zu suchen und regt seitens der CDU-Fraktion eine Verlängerung des laufenden Vertrages um Monate mit dem OBV Meerbusch an.

Dieser Vorschlag wird von den Fraktionen begrüßt, auch die SPD-Fraktion kann nach Wortmeldung von Ratsfrau Niederdellmann-Siemes dieser Anregung folgen und zieht den Antrag vom 25.09.2018 zurück.

Es schließt sich eine Debatte hinsichtlich der künftigen Gewichtung der Anteile von Gemeinwesen- und Jugendarbeit an. Nachdem entsprechender Beratungsbedarf aus den Fraktionen angemeldet wurde, wird die Sitzung zu diesem Zwecke für wenige Minuten unterbrochen.

Nach der Beratungspause erklärt Ratsherr Eimer seine Befangenheit für die sich anschließende Beratung und Beschlussfassung.

Mehrheitlich erklären die Fraktionen ihre Zustimmung zum angeregten Antrag der CDU-Fraktion.

Antrag der CDU-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, Gespräche mit dem OBV hinsichtlich eines vorübergehenden Weiterbetriebes des Juca aufzunehmen. Diese Verlängerung soll für 3 Monate inklusive der Gewährung eines Viertels des für den Betrieb vorgesehenen jährlichen Zuschusses erfolgen. Weiterhin sollen potentielle Interessenten aufgerufen werden, Ideen und Konzepte für einen künftigen Weiterbetrieb der Halle 9 an die Verwaltung zu richten. Die Ergebnisse sollen in einer gemeinsamen Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses und des Jugendhilfeausschusses im November vorgestellt werden.

Ebenso sollen diesbezüglich die vorliegende Beschlussvorlage der Verwaltung sowie die dazu eingereichten Anträge der Fraktionen FDP – in Teilen – (TOP 8.1), Bündnis90/Die Grünen (TOP 8.2) und SPD (TOP 8.3) in die gemeinsame Sitzung am 15.11.2018 vertagt werden.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	21		
SPD	8		
FDP	2	3	
Bündnis 90 / Die Grünen			6
UWG		2	1
Die Linke/Piraten	2		
Bürgermeisterin	1		
Gesamt	34	5	7

Der Antrag ist damit angenommen. Ratsherr Eimer nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Antrag der FDP-Fraktion:

Ratsherr Rettig erklärt zum Antrag der FDP-Fraktion, dass dieser zweiteilig zu sehen sei. Hinsichtlich des ersten Punktes („Der Betrieb der Halle 9 wird eingestellt.“) sei eine Beratung im Zuge der nunmehr beschlossenen gemeinsamen Sitzung sinnvoll. Über den zweiten Teil des Antrages zur Durchführung einer Bestandsaufnahme hinsichtlich der vorhandenen städtischen Räumlichkeiten und Prüfung der Vermietbarkeit der Räume solle nunmehr abgestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der FDP-Antrag ist somit in Teilen angenommen.

**8.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 11.09.2018 bzgl. Halle 9
Vorlage: BM/0220/2018**

s. TOP 8

**8.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 23.09.2018 bzgl. Halle 9
Vorlage: BM/0222/2018**

s. TOP 8

**8.3 Antrag der SPD-Fraktion v. 25.09.2018 bzgl. Halle 9
Vorlage: BM/0221/2018**

s. TOP 8

9 Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

10 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

11 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Rat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

12 Termin der nächsten Sitzung: 30. Oktober 2018

13 Verschiedenes

SB 82

Ratsherr Focken merkt an, dass bisher keine Zahlen zur Auslastung der sich in Betrieb befindlichen Buslinie SB82 bekannt seien. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Planung und Liegenschaften sollen hierzu Informationen gegeben werden.

Bebauungsplan Langst-Kierst

Ratsherr Rettig fragt, wie ein Baugesuch in Langst-Kierst behandelt würde, welches vor dem Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan eingereicht worden sei. Technischer Beigeordneter Assenmacher erläutert, dass der Termin der Einreichung für die Beurteilung entscheidend sei.

Hafen Krefeld

Ratsherr Weyen fragt nach dem Sachstand der Ansiedlung und Betrieb eines Binneterminals zur Entladung von Flüssiggas und die damit einhergehenden Verkehrsproblematik.

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage erläutert, dass über die geplante Ansiedlung als solches bereits am 26.04.2018 in der Sitzung des Rates berichtet worden sei, das Thema sei aber Gegenstand einer ausführlichen Erörterung unter Beteiligung des städt. Anwaltes im Ausschuss für Planung und Liegenschaften am 18.09.2018 gewesen. Die Stellungnahme der Stadt sei fristgerecht bei der Bezirksregierung eingereicht worden.

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes fragt an, ob die aus Krefeld angeregte gemeinsame Sitzung der Planungsausschüsse bereits terminiert sei. Ratsherr Damblon erklärt, dass noch keine Terminierung bekannt sei, ein baldiger Termin jedoch gefunden werden solle.

Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Fluglärm

Bürgermeisterin Mielke-Westerlage berichtet, dass sie aufgrund der Ergebnisse der vergleichenden Untersuchung der Lärmimmissionen für die Fluglärmkommission am 26. November 2018 einen Antrag auf Abstimmung über den Antrag vom November 2017 gestellt habe, aus Lärmschutzgründen eine Eintragung ins Luftfahrthandbuch vorzunehmen, nach der für alle Abflüge mit strahlengetriebenen Luftfahrzeugen das Startverfahren NADP 1 mit Steigung mit maximalen Gradienten bis zur Höhe von 3.000 ft. und Zurücknahme des Startschubes zum Steigflug in Höhe von 1.500 ft. anzuwenden.

Der Antrag war in der Novembersitzung vertagt worden, um zunächst eine Untersuchung der Lärmauswirkungen im Vergleich des früheren, auch von der Lufthansa und Eurowings bis zum Sommer 2014 angewandten Abflugverfahrens zum neuen Abflugverfahren durchzuführen. Das Ergebnis der Auswertungen betreffend die unterschiedlichen Abflugverfahren sei in der Fluglärmkommission am 25. Juni 2018 vorgestellt worden, die Präsentation war als Anlage dem Protokoll beigefügt. Im Vergleich der unterschiedlichen Abflugverfahren zeigten die Ergebnisse der Untersuchung auf der über Büderich führenden Route einen Unterschied von bis zu 4,4 dB(A), über Lank ein minimaler Vorteil von 0,6 bis 1,2 dBA im Vergleich zu dem von einigen Fluggesellschaften verwendeten Abflugverfahren NADP 1, das beim Cut-Back zunächst auf Höhengewinn zielt.

Der Verkehrsminister sei mit der Bitte um ein Gespräch angeschrieben worden, eine Antwort stehe noch aus. Ebenso sei Herr RA Sommer mit der Prüfung jur. Möglichkeiten beauftragt worden, dass Startverfahren auf das frühere Verfahren zurückzuführen. Auch hier stünde die Antwort noch aus.

Meerbusch, den 17. Oktober 2018

gez.

Angelika Mielke-Westerlage
Bürgermeisterin

Patrick Wirtz
Schriftführer/in